

Volksmacht

Kunzengewerbe:

Die Doppelseite 25 Pfg., für auswärts 30 Pfg., die Doppelseite 30 Pfg., die 2. Seite 20 Pfg. Anzeigen mit Plakettierung 10 Pfg. Anzeigen mit Plakettierung, wenn sie besonders bezeichnet sind, werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Die Volksmacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.

Bezugspreis monatlich 35 Pfg., vierteljährlich 1,00 RM., einschließlich Frachtposten. In den höchsten Klassen monatlich 50 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,02 RM. ausschließlich Briefgeld. Einzelnummer 10 Pfg.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 15

Danzig, Sonnabend den 14. April 1917

8. Jahrgang

Ein Schritt zur Wahlreform.

Dem gewaltigen Drange des deutschen Volkes nach freiheitlichen Reformen in der inneren Politik soll Rechnung getragen werden. In einer Botschaft, die der Kaiser am Ostermorgen an das deutsche Volk gerichtet hat, wird gesagt, daß „die Ergebnisse des Ringens um den Bestand des Reiches mit erheblichem Ernste eine neue Zeit einleiten“. Dieser neuen Zeit soll „mit den rechten Mitteln und zur rechten Stunde zur Erfüllung verholfen werden“. Der soziale Aufstieg des Volkes in allen seinen Teilen soll gefördert, der Ausbau unseres inneren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens soll, so wie es die Kriegslage gestattet, ins Werk gesetzt werden.

Wörtlich lautet der Erlaß des Kaisers:

Noch niemals hat sich das deutsche Volk so fest gezeigt, wie in diesem Kriege. Das Bewußtsein, daß sich das Vaterland in bitterer Notwehr befindet, läßt eine wunderbare, verdöhlende Kraft aus, und trotz aller Opfer an Blut draußen im Felde und schwerer Entbehrungen dahel ist der Wille unerschütterlich geblieben, für den siegreichen Endkampf das Letzte einzusetzen. Nationaler und sozialer Geist verstanden und vereinigten sich und verleihen uns ausdauernde Stärke. Jeder empfindet: Was in langen Jahren des Lebens unter manchen inneren Kämpfen aufgebaut war, das war doch die Verteidigung wert.

Leuchtend stehen die Leistungen der gesamten Nation in Kampf und Not vor meiner Seele. Die Ergebnisse dieses Ringens um den Bestand des Reiches leisten mit erheblichem Ernste eine neue Zeit ein. Als dem verantwortlichen Kanzler des Deutschen Reiches und ersten Minister meiner Regierung in Preußen liegt es Ihnen ob, den Erfordernissen dieser Zeit mit den rechten Mitteln und zur rechten Stunde zur Erfüllung zu verhelfen. Bei verschiedenen Anlässen haben Sie dargelegt, in welchem Geiste die Formen unseres staatlichen Lebens auszubauen sind, um für die freie und freundliche Mitarbeit aller Glieder unseres Volkes Raum zu schaffen. Die Grundzüge, die Sie dabei entwickelt haben, haben, wie Sie wissen, meine Billigung. Ich bin mir bewußt, dabei in den Bahnen meines Großvaters, des Begründers des Reiches, zu stehen, der als König von Preußen mit der Militärorganisation und als deutscher Kaiser mit der Sozialreform monarchische Pflichten vorbildlich erfüllte und die Voraussetzung dafür schuf, daß das deutsche Volk in einmütigem, ingrimmigem Zusammen die blutige Zeit überleben wird.

Die Wehrmacht als wahres Volksheer zu erhalten, den sozialen Aufstieg des Volkes in allen seinen Stufen zu fördern, ist vom Beginn meiner Regierung an mein Ziel gewesen. Bestrebt, in festbewahrter Einheit zwischen Volk und Monarchie dem Wohle der Gesamtheit zu dienen, bin ich entschlossen, den Ausbau unseres inneren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens, so wie es die Kriegslage gestattet, ins Werk zu setzen.

Noch stehen Millionen Volksgenossen im Felde, noch muß der Austrag des Meinungsstreites hinter der Front, der bei einer einschneidenden Verfassungsänderung unvermeidlich ist, in höchstem väterlichem Interesse verschoben werden, bis die Zeit der Heimkehr unserer Krieger gekommen ist und sie selbst am Fortschritt der neuen Zeit mit raten und raten können. Damit aber sofort beim glücklichen Ende des Krieges, das, wie ich zuversichtlich hoffe, nicht mehr fern ist, das Nötige und Zweckmäßige auch in dieser Beziehung gesehen kann, wünsche ich, daß die Vorbereitungen unverweilt abgeschlossen werden.

Mir liegt die Umbildung des preussischen Landtages und die Befreiung unseres gesamten innerpolitischen Lebens von dieser Frage besonders am Herzen. Für die Aenderung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus sind auf meine Weisung schon zu Beginn des Krieges Vorarbeiten gemacht worden. Ich beauftrage Sie, nunmehr die bestimmte Vorschläge des Staatsministeriums vorzulegen, damit bei der Rückkehr unserer Krieger diese für die innere Gestaltung Preußens grundlegende Arbeit schnell im Wege der Gesetzgebung durchgeführt werde. Nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Kriege ist nach meiner Überzeugung für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr. Der Gehöranspruch wird ferner unmittelbares und geheimes Wahlrecht der Abgeordneten vorzulegen haben.

Die Verdienste des Herrenhauses und seine bleibende Bedeutung für den Staat wird kein König von Preußen verkennen. Das Herrenhaus wird aber den gewaltigen Anforderungen der kommenden Zeit besser gerecht werden können, wenn es in weiterem und gleichmächtigerem Umfang als bisher aus den verschiedenen Kreisen und Berufen des Volkes führende, durch die Achtung ihrer Mitbürger ausgezeichnete Männer in seiner Mitte vereinigt.

Ich handle nach den Ueberlieferungen großer Vorfahren, wenn ich bei Erneuerung wichtiger Teile unseres festgefügtigen und sturmpfropfen Staatswesens einem freien, tapferen, tüchtigen und hochentwickelten Volk das Vertrauen entgegenbringe, das es verdient.

Ich beauftrage Sie, diesen Erlaß alsbald bekanntzugeben.
Großes Hauptquartier, den 7. April 1917.
Wilhelm I. R.

In den Reichskanzler und Präsidenten des Staatsministeriums.
v. Bethmann-Hollweg.

Wir müssen sagen, daß diese Osterbotschaft weder im deutschen Volke noch im Auslande die gewünschte Befriedigung erwecken wird. Sie kann nur als ein weiterer Schritt auf dem Wege der Neuorientierung angesehen werden; wobei vorläufig die Verheißungen noch allzusehr in der Luft schweben. Ganz besonders ist das von der angekündigten Aenderung des preussischen Wahlrechts zu sagen. Und das Herrenhaus? Solange dieses Oberhaus nicht ganz beseitigt oder mindestens auch aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen ist, wird es das Genutnis der freiheitlichen Entwicklung Preußens bleiben. Der Erlaß wird daher nicht dazu beitragen, daß das deutsche

Volk nun vertrauensvoll in die Zukunft blicken kann. Es wird wie bisher weiter kämpfen müssen um den inneren Ausbau Deutschlands und insbesondere Preußens. Mit Recht bemerkt deshalb auch der „Vorwärts“:

„Unsere Aufgabe muß es angesichts der Regierungsbotschaft sein, alle politischen Kräfte des Volkes für eine möglichst energische und nachhaltige Durchführung der Reform mobil zu machen. Die Neuorientierung, auch die jetzige Ankündigung ist sicherlich letzten Endes das Resultat einer Volksbewegung, die mit Macht weite Schichten des deutschen Volkes ergriffen hat, weit über den Rahmen einer Partei, auch unserer Partei hinaus. Will die Regierung sich an die Spitze dieser Volksbewegung stellen, um so besser, wir werden sie nicht hindern, sondern ihr allenfalls die Bahn frei machen. Je energischer die Regierung die Initiative ergreift, einen desto stärkeren Rückhalt wird sie an der Volksbewegung finden. Und je stärker die Volksbewegung anschwimmt, je unzweideutiger und machtvoller sie sich kundgibt, desto entschlossener und mutiger wird die Regierung ihre Bahn beschreiten können.“

Das gilt auch von den politischen Parteien. Nur von der Sozialdemokratie allein weiß man genau, was von ihr in der inneren Politik zu erwarten ist. Auch ein Teil des bürgerlichen Liberalismus kommt als Fortschrittsfaktor in Betracht, aber schon hier fehlt es nicht an schwankenden Gestalten, namentlich wenn man den rechten Flügel der Nationalliberalen betrachtet. Das Zentrum hat sich seiner Gewohnheit gemäß noch nach keiner Richtung gebunden. Es hat das gleiche Wahlrecht wohl als Forderung im Programm stehen, aber dies Programm schon oft seinen Freunden auf der Rechten zuliebe verleugnet. Aber dem Druck einer mächtigen Volksbewegung können weder die Nationalliberalen noch das Zentrum widerstehen. Sie gilt es fortzudrängen.

Aber ebenso wichtig, ja noch wichtiger ist der Druck einer solchen Bewegung gegenüber der Rechten. . . . So klein dieser Teil zahlenmäßig ist, so ernst ist auch sein Widerstand zu nehmen, eben weil er jetzt die Macht hat.

Nötiger als je ist in dieser Situation die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung. Mit tiefstem Schmerz muß es jeden ehrlichen Freund ihres Fortschreitens erfüllen, daß gerade dieser Augenblick sie innerlich gespalten antrifft. Aber ebenso notwendig ist es zum Siege der Volksbewegung, daß die Arbeiterschaft an ihrem Willen der Vaterlandsverteidigung unzerbrüchlich festhält. Gerade diese verständige und einsichtsvolle Haltung der Arbeiterschaft im Kriege hat die Neuorientierung erst aus einer Parteiforderung zu einer allgemeinen Volksforderung empormachen lassen. Jeder Versuch, die Arbeiterschaft von diesem Wege abzudrängen, wird gerade von den Kreisen als Lichtblitz und Hoffnungstrahl begrüßt werden, die heute schon in banger Sorge grübeln, wie sie der kommenden Neuorientierung noch in letzter Stunde ein Bein stellen können. Die äußere Situation verlangt diese Haltung mehr als je. . . .

Es freut uns, daß die deutsche Regierung in dem Augenblick, wo der neue Feind die alten abgestandenen Phrasen vom Kampf der Freiheit und Demokratie gegen Absolutismus und Militarismus neu aufwärmt, mit dieser Botschaft der Außenwelt einen deutlichen Beweis gibt, daß das deutsche Volk seine innerpolitische Fortentwicklung selber besorgt und keine Begünstigung von außen her braucht, zumal keine, die auf Kanonenkugeln und Panzerschiffen geritten kommt!

Freilich, noch mehr freuen als die Versprechung würde uns die Tat! Die Regierung hält die Tat während des Kriegszustandes für unmöglich. Zugestehen können wir ihr, daß, soweit eine Bindung für die Zukunft überhaupt möglich ist, sie uns gegeben worden ist. Sorgen wir dafür, daß die Aufschubung zum mindesten die Wucht des Handelns verstärkt, daß die Tat, die dann aber auch bis zum letzten vorbereitet sein muß, nach der Heimkehr unserer heldgrauen Brüder um so bescheidender, um so zukunftsreicher ausfällt.“

Kriegsnachrichten

Die Sozialdemokratie und der Friede

Der Vertreter der Hearst-Presse in Berlin Dr. W. B. Hale, hatte eine Unterredung mit dem Genossen Ebert, der seiner Freude über das Friedensmanifest der amerikanischen Sozialisten Ausdruck gab und dann u. a. sagte:

Die wichtigste Aufgabe der Sozialisten ist die Verteidigung des Proletariats aller Länder gegen das Schicksal, das ihm der Kapitalismus bereitet. Die deutsche Sozialdemokratie bot bis zum letzten Augenblick ihr Außerstes auf, um den Frieden zu erhalten. Auch nach dem Einbruch der Katastrophe haben wir stündig für den Frieden gearbeitet. Jederzeit waren wir bereit, mit der sozialdemokratischen Internationale zu unterhandeln zu dem Ziel, wie am schnellsten der allgemeine Geist der Verständigung zwischen den Völkern hergestellt wer-

den könnte. Von dieser Absicht geleitet, haben wir auch verschiedene Unterredungen mit den Vertretern der Internationale im Haag gehabt, die letzte am 1. Dezember. Jede Ausdehnung des Kriegsschauplatzes würde zweifellos den Krieg verlängern, die grausamen Blutopfer der Völker vermehren und für die sozialistische Friedensarbeit einen schweren Schlag bedeuten. Es ist der dauernde Frieden, für den die deutsche Sozialdemokratie kämpft, der ist aber nur erreichbar, wenn die vitalen Interessen aller Kriegführenden geachtet werden, wenn kein Volk vergewaltigt und erniedrigt wird.

Für einen solchen Frieden, einen Frieden der gegenseitigen Verständigung, wird die deutsche Sozialdemokratie auch in Zukunft ihre ganze Kraft einsetzen, des mögen die Arbeiter Amerikas gewiß sein.

Die heftigen Kämpfe an der Westfront

Berlin, 6. April. Der englische Angriff aus Herin-Croiselles am Morgen des 2. April wurde von mehr als einer Division ausgeführt. Der Angriff war durch schwere Artillerie vorbereitet und wurde blutig abgewiesen. Bei einem zweiten Angriff, den die Engländer mit massierter Infanterie versuchten, erlitten sie allerschwerste Verluste, vornehmlich durch Maschinengewehrfeuer. Die englischen Toten, die allein bei Herin lagen, werden auf 1200 Mann geschätzt. Auch die Gefangenen berichten von der Größe der erlittenen Verluste. Die in dem deutschen Heeresbericht vom 5. April erwähnten Angriffe nördlich der Straße Veronne-Cambrai begannen am Nachmittag mit einem Angriffe gegen Meux-en-Couture und den Wald von Gouzeaucourt in Stärke von mindestens vier Bataillonen. Nach ihrer blutigen Abweisung zogen die Engländer gegen Abend stärkere Kräfte ein, deren Angriff die deutschen Abteilungen befehlsgemäß auswichen. Um 5 Uhr 20 Minuten nachm. versuchten die Engländer beiderseits der Straße Fin-Gouzeaucourt einen Angriff, der im deutschen Artilleriefeuer unter schweren Verlusten zusammenbrach. Dagegen wurde gegen Henfon vorgehender Gegner durch Feuer vertrieben, während andererseits deutsche Stütztruppen westlich St. Quentin in die feindlichen Linien eindringen und dem Gegner im Handgranatenkampf schwere Verluste befügten und Gefangene zurückbrachten. Außer der im Heeresbericht erwähnten Explosion eines Munitionslagers südlich Werbresse, bei der eine 300 Meter hohe Stichtamme beobachtet wurde, fanden starke Explosionen auch in dem vom Gegner besetzten Braucourt-St. Leger statt.

Die Frühjahrsschlacht bei Arras

Auf dem alten Kampfplatze zwischen Lens und Arras, das schon im Jahre 1915 heiß umstritten war, haben die Engländer auf die seit 1915 dort gehaltenen Stellungen zum Angriff angelegt. Durch stärksten Einsatz aller mechanischen Kampfmittel und größter Munitionsmengen konnten sie einen örtlichen Erfolg erzielen, wie er erfahrungsgemäß im Stellungskriege stets durch Anhäufung von Artillerie und Truppen an einem bestimmten Punkte anfänglich erzielt wird. Der beabsichtigte Durchbruch der Engländer ist indessen trotz ungeheurer blutiger Opfer vollkommen gescheitert. Die deutschen Truppen haben trotz erheblicher Verluste im Trommelfeuer und Sperrfeuer der englischen Uebermacht den wirksamsten Widerstand entgegengesetzt.

Zwischen Arras und Bailly zeigten im geräumten Gebiet die Kämpfe denselben Charakter wie in den letzten Tagen. Bei der Erstürmung der Dörfer Hermies und Bourfies erlitten die Engländer sehr schwere Verluste.

Der Turm der Kathedrale von Ypern wurde anscheinend von den Engländern durch Sprengung umgelegt. In den letzten Tagen wurde verschiedentlich der Dom von St. Quentin beschossen und stark beschädigt.

Englische Militärkreise bezeichnen laut „Post-Zig.“ die jetzige Offensive an der Westfront als höchste Kraftentfaltung der Entente, die nur vier bis fünf Wochen andauern könne. Mangel an genügenden Reservoen auf englischer Seite lasse nach dem obigen Zeitpunkt die erste Periode der Offensive als beendet gelten. Die Ungewißheit, wo die Zentralmächte eine Offensive planten, sei beeinträchtigend für die Pläne der Entente. Bezüglich der Reserven sei nach Rußland eine neue englische Militärkommission unterwegs, um die Absichten Robertson zu übermitteln.

Bombardierung der englischen Küste

Berlin, 7. April. (Amtlich.) Am 5. April nachts legte ein deutsches Seeflugzeuggeschwader die in den Downs liegenden Schiffe sowie Scheinwerfer und Befestigungsanlagen nordwestlich Ramsgate ausbleibt und mit gutem Erfolg mit Bomben. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Ramsgate ist ein befestigter englischer Hafen und ein von London aus gern besuchter Seebadeort.

liegt wahrlich jede Beschönigung der bedauerlichen Verhältnisse, wie sie im Falle S. vorgelegen haben sollen, völlig fern. Gerade deshalb zwingt die objektive Betrachtung zu der Anerkennung, daß es sich um kein allein aus persönlicher Schlechtigkeit hervorgegangenes Vergehen, sondern um Verstrickung von Verhältnissen handelt, die der Krieg geschaffen hat. Seine Einwirkung auf die Gestaltung des Verhältnisses der Geschlechter ist eine der bedeutendsten und wichtigsten Fragen, vor welche unsere Volksgemeinschaft gestellt ist. An ihrer Lösung zweckmäßig mitzuarbeiten, erfordert, muß im Einzelfall die tiefen liegenden Ursachen gerecht und ohne falsche Sittenrichterlei zu würdigen.

Opfer der Straßenbahn.

Die Danziger Straßenbahn fordert in einem Woche Opfer unter den Straßenpassanten, das nachgerade stark auffällt. Am 3. April wurde ein sechsjähriger Knabe in Petershagen überfahren. Er erlitt mehrere Schädelbrüche; ein Bein und ein Arm wurden verammiert. An diesen furchtbaren Verletzungen nach das unglückliche Kind bald darauf im städtischen Krankenhaus.

Schon am 4. April wurde auf dem Marktplatz in Gangfahr die 73jährige Frau Tschener angefahren. Sie wurde stark an Armen und Beinen verletzt, daß sie ins städtische Krankenhaus gebracht werden mußte.

So muß die Bürgerchaft auf allen Gebieten schwere Opfer für die Aktionäre der Straßenbahngesellschaft bringen. Die sogenannten Unfälle stehen natürlich in direkter Beziehung zu der Skandalösen Entschädigung des Personals! Wenigstens diese Opfer an Leben und Gesundheit mußten den Magistrat dazu veranlassen, mit der Gesellschaft Fraktur zu reden. Ein Betrieb, der in so hohem Maße das Leben gefährdet, muß unbedingt von der städtischen Gemeinchaft gelöst werden. Nur dann lassen sich unvermeidliche Gefahren dieser Art hinnehmen. Uebrigens ist der lebenswürdige Kontrolleur John Engel, dessen unauflösliche Schmachungen gegen sehr angefehene Bürger die allgemeine Entrüstung der Stadtverordnetenversammlung verursachte, noch wie vor im Dienst. Er ist aber auch der besondere Vertrauensmann des Direktors Kupferschmidt.

Die Steueramts-Sterbefälle

Siebt am 29. März ihre Generalversammlung unter Leitung des zentralistischen Stadtverordneten Klawitter ab. Besonderes ist nicht zu berichten. Nur muß betont werden, daß das sogenannte „Wahlrecht“ zur Generalversammlung noch immer nicht geändert ist. Unlängst wurde wieder so „gewählt“, daß die Mitglieder die Stimmszettel unter Schließen öffentlich abgeben mußten! Auch der Krieg hat an diesem sonst nirgends geübten, maßlos ungerichten und mißtraulichen Verfahren nichts geändert. Hier verweigert man harmlos jede Neuorientierung. Dabei sucht gerade Klawitter lämmt seinen Strühen mit heißem Bemühen bei Sozialdemokratischen Widersprüchen zwischen Ueberzeugung und Handlung. Er ist dafür auch sehr hochverstandig.

Wohlfahrtsveranstaltung im Wertspickhaus.

Zu Gunsten der Kriegsbeschädigten fanden in der Zeit vom 7. bis 10. April im Wertspickhaus eine Anzahl von Veranstaltungen statt. Eingeleitet wurden dieselben durch einen von Ludwig Janda gedichteten Prolog, der von Herrn Alwin Hertz von Danziger Stadtwärter sehr wirkungsvoll gesprochen wurde. Opernänger Seman sang mit Verständnis und Lampenbühnen Stimmung Das deutsche Kaisergebet von Hermann Lott geleitet am 7. April von H. Stowronnek verließ sich im Schwere und Herd zur Vorführung. Der erste machte interessante Vider von den Schicksalen zweier Kriegsopfer im Weltkrieg und zeigte dann, in welcher Weise die Kriegsbeschädigten durch Schaffung von Heimstätten gefördert werden kann. Ein letzter Film „Der selbgraue Reiter“ zeigte dann die Anwesenheit zur regen Beteiligung bei der Kriegspolizei an. Der Besuch war leider nicht so stark, wie der gute Zweck und die Güte des Gebotenen es verdient hätte.

Dietwertmagen der Turnerschaft.

Die beiden Turner gaben am zweiten Osterfesttag im Sommergarten einen Familienfeierabend. Zwischen Oberführern und anderen Vorrednern zeigte sie am Red und am Spielen ihre wunderlichen Leistungen. Barren-Pyramiden, Reckhaken, die Turnkunst, die von der Hauskapelle unterstützt wurden. Die Turnerschaft hat eine gesunde Aufgabe. Ehrlichkeit und Bewandtheit stehen immer Kameradschaft den Turnern zu Grunde. Der Turnabend muß auf dem Sportplatz, aber bei der Turnerschaft und beim Turnverein, der beide im Sommergarten, Turnplatz und Sommergarten im Sommergarten, Turnplatz, Sommergarten.

Kriegswichtige Betriebe und Meldepflicht.

Die Kriegswichtigen Betriebe sind in der Weise, wie sie im Falle S. vorgelegen haben sollen, völlig fern. Gerade deshalb zwingt die objektive Betrachtung zu der Anerkennung, daß es sich um kein allein aus persönlicher Schlechtigkeit hervorgegangenes Vergehen, sondern um Verstrickung von Verhältnissen handelt, die der Krieg geschaffen hat. Seine Einwirkung auf die Gestaltung des Verhältnisses der Geschlechter ist eine der bedeutendsten und wichtigsten Fragen, vor welche unsere Volksgemeinschaft gestellt ist. An ihrer Lösung zweckmäßig mitzuarbeiten, erfordert, muß im Einzelfall die tiefen liegenden Ursachen gerecht und ohne falsche Sittenrichterlei zu würdigen.

Die Kriegswichtigen Betriebe sind in der Weise, wie sie im Falle S. vorgelegen haben sollen, völlig fern. Gerade deshalb zwingt die objektive Betrachtung zu der Anerkennung, daß es sich um kein allein aus persönlicher Schlechtigkeit hervorgegangenes Vergehen, sondern um Verstrickung von Verhältnissen handelt, die der Krieg geschaffen hat. Seine Einwirkung auf die Gestaltung des Verhältnisses der Geschlechter ist eine der bedeutendsten und wichtigsten Fragen, vor welche unsere Volksgemeinschaft gestellt ist. An ihrer Lösung zweckmäßig mitzuarbeiten, erfordert, muß im Einzelfall die tiefen liegenden Ursachen gerecht und ohne falsche Sittenrichterlei zu würdigen.

Die Kriegswichtigen Betriebe sind in der Weise, wie sie im Falle S. vorgelegen haben sollen, völlig fern. Gerade deshalb zwingt die objektive Betrachtung zu der Anerkennung, daß es sich um kein allein aus persönlicher Schlechtigkeit hervorgegangenes Vergehen, sondern um Verstrickung von Verhältnissen handelt, die der Krieg geschaffen hat. Seine Einwirkung auf die Gestaltung des Verhältnisses der Geschlechter ist eine der bedeutendsten und wichtigsten Fragen, vor welche unsere Volksgemeinschaft gestellt ist. An ihrer Lösung zweckmäßig mitzuarbeiten, erfordert, muß im Einzelfall die tiefen liegenden Ursachen gerecht und ohne falsche Sittenrichterlei zu würdigen.

Die Kriegswichtigen Betriebe sind in der Weise, wie sie im Falle S. vorgelegen haben sollen, völlig fern. Gerade deshalb zwingt die objektive Betrachtung zu der Anerkennung, daß es sich um kein allein aus persönlicher Schlechtigkeit hervorgegangenes Vergehen, sondern um Verstrickung von Verhältnissen handelt, die der Krieg geschaffen hat. Seine Einwirkung auf die Gestaltung des Verhältnisses der Geschlechter ist eine der bedeutendsten und wichtigsten Fragen, vor welche unsere Volksgemeinschaft gestellt ist. An ihrer Lösung zweckmäßig mitzuarbeiten, erfordert, muß im Einzelfall die tiefen liegenden Ursachen gerecht und ohne falsche Sittenrichterlei zu würdigen.

Die Kriegswichtigen Betriebe sind in der Weise, wie sie im Falle S. vorgelegen haben sollen, völlig fern. Gerade deshalb zwingt die objektive Betrachtung zu der Anerkennung, daß es sich um kein allein aus persönlicher Schlechtigkeit hervorgegangenes Vergehen, sondern um Verstrickung von Verhältnissen handelt, die der Krieg geschaffen hat. Seine Einwirkung auf die Gestaltung des Verhältnisses der Geschlechter ist eine der bedeutendsten und wichtigsten Fragen, vor welche unsere Volksgemeinschaft gestellt ist. An ihrer Lösung zweckmäßig mitzuarbeiten, erfordert, muß im Einzelfall die tiefen liegenden Ursachen gerecht und ohne falsche Sittenrichterlei zu würdigen.

Die Kriegswichtigen Betriebe sind in der Weise, wie sie im Falle S. vorgelegen haben sollen, völlig fern. Gerade deshalb zwingt die objektive Betrachtung zu der Anerkennung, daß es sich um kein allein aus persönlicher Schlechtigkeit hervorgegangenes Vergehen, sondern um Verstrickung von Verhältnissen handelt, die der Krieg geschaffen hat. Seine Einwirkung auf die Gestaltung des Verhältnisses der Geschlechter ist eine der bedeutendsten und wichtigsten Fragen, vor welche unsere Volksgemeinschaft gestellt ist. An ihrer Lösung zweckmäßig mitzuarbeiten, erfordert, muß im Einzelfall die tiefen liegenden Ursachen gerecht und ohne falsche Sittenrichterlei zu würdigen.

Die Kriegswichtigen Betriebe sind in der Weise, wie sie im Falle S. vorgelegen haben sollen, völlig fern. Gerade deshalb zwingt die objektive Betrachtung zu der Anerkennung, daß es sich um kein allein aus persönlicher Schlechtigkeit hervorgegangenes Vergehen, sondern um Verstrickung von Verhältnissen handelt, die der Krieg geschaffen hat. Seine Einwirkung auf die Gestaltung des Verhältnisses der Geschlechter ist eine der bedeutendsten und wichtigsten Fragen, vor welche unsere Volksgemeinschaft gestellt ist. An ihrer Lösung zweckmäßig mitzuarbeiten, erfordert, muß im Einzelfall die tiefen liegenden Ursachen gerecht und ohne falsche Sittenrichterlei zu würdigen.

Sicherung der Kohlennot?

Zu dieser Frage wurde man wider Willen beim Anhören der Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung vom 3. April über die Danziger Kohlennot gezwungen. Der Kriegsausschuss für Konsumenteninteressen hatte unter Darlegung der schweren Schäden, die die ärmere Bevölkerung durch den Kohlemangel bei der bitteren Kälte erlitten, städtische Hilfe in Form direkter Lieferungen, der Errichtung von Wärmehallen und der Einführung der Kohlenkarte gefordert. Stadts. Heinrich beantragte Berücksichtigung des Antrages. Er bedauerte, daß der Magistrat die großen Aufstellungen vor den Kohlenhöfen nicht durch Vorpflege verhindert habe. Der Abschluß eines Vertrages mit den Kohlenhändlern über etwas billigere Preise für Kriegerfrauen sei nutzlos gewesen. Nach Einführung der Osttrauer Kohle, die nur 25 Pfennig pro Zentner für die Händler mehr kostete, gaben diese nur „fremde“ Kohle ab und ließen sich für den Zentner 80 Pfennig mehr bezahlen. Der Magistrat habe in keiner Weise dafür gesorgt, daß eine Kontrolle über die verschiedenen Kohlen ausgeübt wurde. Es sei schmerzhaft anzulieben gewesen, wie wegen keiner Untätigkeit die Frauen und Kinder in den bitteren Frost leiden mußten. Aus der Bürgerchaft verlangte man sogar schon die Abschaffung der Heubündel vor den Kohlenhöfen. Benötigtens für die Zukunft müßte der Magistrat Lager und große Lager anlegen. Als Antwort erklärte Stadtrat Dumont, daß der Magistrat den Verhältnissen machtlos gegenüberstehe! Er benutze aber die Eingabe gern, um ausführlich öffentlich darlegen zu können, wie sich die Dinge gestaltet hätten.

Die nun folgende Rede erinnerte nur zu sehr daran, welchen Wert man im Rathaus noch immer auf den Schutz des Handels legt. Noch immer stehen die Schlangen vor den Kohlenhöfen. Stunden und aber Stunden müssen noch sehr Frauen, Kinder und Schwache ihre Gesundheit opfern. Die Wirkungen der Kälte in den feuchten, engen und sonst unermöglichen Wohnungen sind nicht auszudenken! Unter lauter häßlichem Lächeln dozieren aber der Herr Stadtrat geistvoll die Lehre der städtischen Hilfslosigkeit und hoffte schließlich auf die — wärmere Witterung! In demselben Saale hat bei Besprechung der Ernährungsfrage Stadts. Zander, als Sachverständiger des stellvertretenden Generalkommandos des 17. Armee Korps die ernste Erfassung der wahren Bedeutung solcher Reden gefordert. Auch vor dieser Debatte machte er bei Besprechung der Verwertung der Küchenabfälle wieder so. In der Rede des Stadtrats vor jedoch kein hauch dieses Geistes zu spüren. Mit um so heißerem Eifer verteidigt er die — Kohlenhändler. Er könne nicht an die Preisübersteigerungen glauben, weil er sie den Danziger Händlern nicht — zutraue! Die Einführung von Kohlenkarten könne wegen der vertraulichen Besprechung noch nicht in Frage kommen! Dann aber schon rassistisch werden sollte, mußte das für das ganze Reich gesehen. Für Danzig

allein könne man das nicht verantworten. So sprach im großen Weltkrieg ein Danziger Stadtrat als Anwalt auf die bitteren Klagen, daß die ganz Armen meist kein Stückchen Kohle, trotz harter Kälte, bekommen konnten. Gegen diese Rationierung durch die Rat hatte er nichts einzuwenden! Aber er fand auch Töne warmer Empörung! Das Stellvertretende Generalkommando hat durch die Verordnung vom 26. März verfügt, daß der Magistrat wichtigen Haushalten oder Kleinbetrieben, die keine Kohlen erhalten könnten, solche zu liefern hat. Dazu versicherte Dumont, daß diese Verfügung ergangen sei, ohne daß sich die Militärbehörde mit dem Magistrat vorher ins Einvernehmen gesetzt habe. Dieser „militärische Befehl“, wie der Redner sich ausdrückte, unterschätze die Selbstverwaltung. Er könne unmöglich ausgeführt werden, weil dazu die Beschlagnahme der bei den Händlern befindlichen Kohlen gehöre. Es würde aber geradezu ein Unglück sein, wenn diese ohne genügende Vorbereitung erfolgen würde! Zum Verkauf der Kohlen an die Stadt könne man die Händler aber nicht zwingen. Die Kriegsstelle habe der Stadt also einen Auftrag ohne Inhalt gegeben, während sie früher die städtische Mitwirkung bei der Kohlenlieferung anscheinend nicht wünschte. So sprach wirklich der Stadtrat, der für seine Verdienste um die Kohlenversorgung der Gaswerke unlängst eine ansehnliche Funktionszulage erhalten hat! Wir müßten wirklich wissen, wer sich für diese Art Selbstverwaltung, die so geharnischt gegen die Mahnung zur Pflichterfüllung losgeht, begeistern soll. Solch eine Rede hätte man wohl kaum gehört, wenn der Sprecher gezwungen worden wäre, in der großen Kältezeit ohne Kohlen in einem Musterquartier der Altstadt zu hausen. Uebrigens deutete Dumont an, daß die Militärverwaltung sich häufiger gezwungen sah, gegen Unterlassungen der Stadt einzugreifen! Er meinte, man sei im Laufe des Krieges an solche Dinge gewöhnt worden und werde sie, wie so manches andere, tragen müssen. Die Dinge hätten sich so gestaltet, daß die Bevölkerung der Händlerschaft noch dankbar sein müsse, weil sie auf alle Weise zu helfen versucht habe! Der Magistrat könne auch nicht viel Kohn in kleinen Mengen abgeben, weil — Lieferungsverträge entgegenständen. Auch den Kriegerfrauen sollen später nicht von der Stadt Kohlen geliefert werden. Der Magistrat will ihnen nur — Bezugsscheine geben. Sonst hörte man noch Betrachtungen über alles Mögliche, über Reichstag, Landtag, Lokomotivreparaturen usw., nur nicht über städtische Hilfe und noch nicht einmal über Wärmehallen für die Ärmsten. Dieses Wort kam nicht einmal über die Lippen des fast endlos plaudernden Redners. Für die Nichterfüllung der Wärmehallen lassen sich allerdings auch weder der Krieg noch Naturereignisse verantwortlich machen. Sogar Stadtverordneter von Brzeziński forderte Wärmestuben. Der christliche Gewerkschaftssekretär Gaiowski wünschte auch hier Kohlenkarten, die man doch in Elbing einführe. Er schilderte bewegt, daß Mütter ihre Kinder in Lumpen hüllen mußten, um sie vor Kälte zu schützen. Seit er während des Krieges in der Allgemeinen Ortskrankenkasse die schweren Maßregelungen billigte, gefüllt sich dieser Redner im Ton bewegten Mitgefühls. Bruenzen verlangte weniger Verordnungen und mehr Kohlen. Dumont erwiderte Gaiowski nicht freundlich und sprach sich dann sehr bedenklich darüber aus, ob für den nächsten Winter die notwendigen Kohlenmengen würden herangeschafft werden können. Die Berücksichtigung wurde dann beschlossen und damit die hochwichtige Frage in der üblichen Art „erledigt“. Hoffentlich sorgt die Militärverwaltung auch weiter dafür, daß die schweren Mängel der Kohlennot nicht länger bestehen bleiben. Wenn Dumont auch erklärte, daß es nutzlos sei, wenn sich Kohlenbedürftige bei der Stadt meldeten, so wird das Kriegsamts wohl doch dafür sorgen, daß seine Verfügungen nicht ganz inhaltslos gemacht werden.

Wanderung des Milchbezuges.

Eine ganz geringe Besserung der Milchlieferung ist allerdings dadurch eingetreten, daß die Verkürzung der an Greise, Kranke und Säuglinge gelieferten Vollmilch wieder fortgefallen ist. Jetzt muß wieder die auf der Karte verzeichnete Menge voll geliefert werden. Weitere sehr nötige Verbesserungen der Milchzuführung sind leider nicht zu erwarten. Von größerer Milchherzeugung der städtischen Gärten ist nichts zu hören und bei der herrschenden Ratshausrichtung auch nicht zu erwarten. Zwar werden die städtischen Küchenabfälle jetzt zu Milchkraftfutter verwertet. Dieses verwendet aber nicht die Stadt, um mehr Milch zu erzeugen und sie auch bestimmt in die Hand zu bekommen. Trotz aller Milchpauschereien bleiben auch die Greise, Kinder und Kranken nach wie vor der berühmten „Freiheit“ des Handels überlassen. Die Stadt gibt das neue Futter, das sie von den Bürgern unentgeltlich erhält, wieder nur an Private ab! Dabei gäbe die städtische Verwertung zugleich die beste Möglichkeit zur Einwirkung auf den viel zu hohen Preis. An Danzigs Mauern prallen leider aber auch die notwendigsten Kriegslehren ungehört ab.

Zu den Käselieferungen

schreibt die konservative Danz. Allg. Ztg. am 5. April im Anschluß an den von uns in der letzten Nummer behandelten Berliner Käsewucher eines Danziger Kaufmanns: Die Annahme liegt nahe, daß der Danziger Händler nicht nur aus medienburgischen, sondern ebenso aus westpreussischen Quellen geschöpft hat, daß unseren Käse Berliner sich gleichermäßen haben munden lassen können, wie seiner Zeit die Frankfurter Postpaketempfänger. Wie dem aber auch sei, Tatsache bleibt, daß hier seit vielen Monaten der Käse vom freien Markte verschwunden ist. Berichtet wird uns allerdings, daß eine heizige große Meierei und eine Kolonialwarenhandlung Käse an ihre Butter- resp. Zuckerkunden abgegeben haben sollen. Wir können die Richtigkeit dieser Angaben im Augenblick nicht nachprüfen. Sollte sie wahr sein, so würde es sich natürlich um eine strafbare Waren-

(nicht erschienen, Soldat), Wilhelm Boosmann (unentgeltlich ausgeblieben, Vorführung beschlossen), August Baasner (lebt Soldat), der Schlosserlehrling Otto Lange, der Dreherlehrling Kurt Demse, die Arbeiter Paul Fietkau (nicht erschienen, brüdet sich in einer Fürsorgeanstalt), Friedrich Jordan, Albert Lobien, der Schlosser Wilhelm Haat und der Arbeiter Paul Rodolphi. Das Urteil lautete: Schönsen 9, Kurlien, Differt und Rex je 6, Kajeast, Klafte und Erdmann je 4, Schwarz 3 Monate, Rodolphi 1 Monat, Jordan 3 Wochen und Demse 1 Woche Gefängnis. Otto Lange wurde freigesprochen. Wegen Lobien und Haat wurde die Angelegenheit zwecks weiterer Aufklärung vertagt, ebenso gegen Dargel, Boosmann und Fietkau.

Es bedurfte nicht erst dieser bedauerlichen Folgen, um immer wieder auf die Beachtung des Rates zu dringen, daß vorhandene Mängel in wirklich nützlicher Weise, ohne überflüssige Opfer, nur durch die Organe der Arbeiterschaft: sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion, Volkswacht und die Organisationen abgestellt werden können.

Kontraktbruch ländlicher Arbeiter

Den Landherren hat der Krieg mancherlei Vorteile gebracht. Sie erhalten hohe Preise und in den russischen Gefangenen sehr billige Arbeitskräfte mit Arbeitszwang. Es unterliegt ja keinem Zweifel, daß die Landwirtschaft auch gerade während des Krieges von großer Bedeutung ist und daß sie ohne Arbeitsleistung nicht bestehen kann. So erklärt es sich auch, daß auf Grund des Belagerungsgesetzes eine Verordnung erlassen wurde, nach der ein Vertragsbruch ländlicher Arbeiter bestraft werden kann. Der Landarbeiter Johann Steinke lebt in Braust, war wegen solchen Vertragsbruchs angeklagt. Er war Landarbeiter in Christenhof, blieb im Dezember von der Arbeit fort und verließ auch den Dienst, weil ihm, wie er jagte, nicht ein Pferdegespann zugewiesen worden ist, wie es ihm versprochen sein sollte. Gegen einen Strafbefehl in Höhe von 35 Mark erhob er Einspruch und das Schöffengericht in Danzig erhöhte die Strafe am 5. April auf eine Gefängnisstrafe von 2 Wochen. Es wurde darauf hingewiesen, wie gemeinlich es sei, jetzt während des Krieges Landarbeit zu verweigern.

Der Fall ist noch mancher Richtung bemerkenswert. Wenn ein Landwirt seinen Milchlieferungsvertrag nach Danzig unter Gründen bricht, die der Milchempfänger nicht billigt, so wird der Landwirt niemals angeklagt oder bestraft, weil in dieser Beziehung gar keine Vorschrift besteht. Nur zivilrechtlich kann er belangt werden. Und wenn ein Landwirt keine Milch nicht mehr nach Danzig liefert, obwohl er dazu verpflichtet ist, so helfen alle Bemühungen der Stadt und der Behörden nichts. Die Milch kommt nicht nach Danzig. Die Volksernährung wird bedenklich geschädigt, aber es erfolgt keine Bestrafung jenes Mannes. Wenn ein bekannter Großgrundbesitzer Weitzpreußens öffentlich und in Uniform erklärt, daß er nun 500 Morgen jetzt nur 400 Morgen Kartoffeln anbauen werde, weil ihm die zukünftigen Höchstpreise von 5 Mark für den Zentner (bis zum 15. September 1917 wird gar noch ein höherer Preis gewährt) nicht genügen, so erfolgt hier auch keine Bestrafung, obwohl die Tat, die Gefinnung und die öffentliche Aufforderung an alle deutschen Landwirte, die in dieser Erklärung liegt, doch sicher gemeinlich und unser Durchhalten zu gefährden geeignet ist. Man sieht aus diesem Fall also, daß noch Ungleichheiten und Lücken bestehen.

Die Bestrafung des Vertragsbruchs bei Landarbeitern ist ja eine altbekannte Forderung der Landherren, weil sie wünschen, daß alles bestraft wird, was ihnen unangenehm ist und Nachteil bringt. Sie wünschen aber nicht die Bestrafung von Dingen, die ändern unangenehm sind und Nachteil bringen. Sie vermögen es eben nicht, sich auf einen allgemeinen Standpunkt zu stellen und über ihre Interessen hinaus zu denken. Die Bestrafung eines Vertragsbruchs ist etwas so Ungewöhnliches, daß man darüber nachdenken darf, ob hier nicht anderweit ein Fehler vorliegt. So wichtig die Landwirtschaft auch ist, wichtiger wie die Erzeugung von Munition und Waffen während des Krieges ist sie nicht. Und doch kommt man hierbei ohne Bestrafung aus. Es würde sich deshalb für die Landwirtschaft empfehlen, die Arbeitsverhältnisse der Munitionindustrie eingehend zu studieren und sie sinngemäß auch auf die Landwirtschaft zu übertragen. Daß die Bestrafung des Vertragsbruchs zu dem Ziele führen wird, willige Landarbeiter zu schaffen, darf man bezweifeln.

Unsere Friedenspetition in Pr. Friedland

Im August 1916 erhielt die Genossin Konitzer, in Pr. Friedland in Westpreußen, einige Bogen der sozialdemokratischen Friedenspetition, um sie unterzeichnen zu lassen. Sie tat auch ihre Pflicht. Davon erfuhr die Polizei. Sie bestellte einige ihr verdächtig erscheinenden Frauen zur Vernehmung. Keine von ihnen wußte sich aber genauen Wortlaut der Petition, auf den es dem Bürgermeister Dr. Raß ankam, zu erinnern. Es folgten sogar Hausdurchsuchungen bei der Genossin Konitzer und einigen anderen Frauen! Doch noch sie wußten nicht das vom Bürgermeister erhoffte Ergebnis. In dem Pr. Friedland war kein Exemplar der Petition aufzubringen. Die ganze Angelegenheit blieb in geheimnisvollem Dunkel gehüllt. Infolge der eifrigen amtlichen Bemühungen entstanden die unglaublichesten Gerüchte. So wurde von einem Gefährten gegen Deutschland gerichteten Flugblatt gesprochen, das von Feinden in die Schützengräben geworfen werden sollte. Und dieser umfassen Plan sollte ausgeführt in — Pr. Friedland ausgeführt worden sein! Dieser Unfug wurde leider von Raß und der Genossin Konitzer, was in einer weitverbreiteten Zeitungsnummer harnisch als Meßküchlerin verhängelt. Es gelang ihr aber nachzuweisen, daß sie nur die Friedenspetition unterzeichnet habe. Dafür erhielt sie, die eine Kriegsgefangene, nämlich einen Strafbefehl über 15 Mark oder 3 Tage Gefängnis, weil die Verbreitung ohne amtliche Genehmigung der Polizeibehörde erfolgt.

Der Strafbefehl richtete sich auf die Bekanntmachung des leitenden Generalquartiers des 17. Infanterie-Regiments vom 11. Dezember 1915, wonach der Druck von Flugzetteln und anderweit verbreitender von Bekanntmachungen und Auf-

rufen politischen Inhalts, deren Verbreitung und Verteilung nur mit schriftlicher Genehmigung der Dispolizeibehörde erfolgen darf. Das Amtsgericht in Pr. Friedland bestätigte den Strafbefehl. Der Vorsitzende redete der Genossin Konitzer wiederholt zu, den Einspruch zurückzunehmen, da es „ganz sinnlos sei, ihn aufrecht zu erhalten“. Denn „die Friedenspetition sei ein Aufruf hochpolitischer Inhalts; dessen Verbreitung der polizeilichen Genehmigung bedürftig hätte“. Genossin Konitzer lehnte die Zurückziehung ab. Sie führte zu ihrer Entschuldigend an, daß die Bekanntmachung in Pr. Friedland nicht veröffentlicht worden sei; sie also davon keine Kenntnis haben konnte. Die Petition sei kein Anschlagzettel, Plakat oder Flugblatt, sondern eine Eingabe an den Reichskanzler, die jeder Mensch ohne polizeiliche Genehmigung machen dürfe. Was dem Einzelnen erlaubt sei, könne mehreren Personen nicht verboten werden. In diesem Falle handele es sich auch nur um eine Eingabe zur Herbeiführung des Friedens, die mehrere Personen gemeinsam unterschrieben hätten. Andere Eingaben seien in Pr. Friedland verbreitet und unterzeichnet worden, ohne daß jemand deswegen bestraft worden sei. Sie habe die Petitionsbogen an ihre nächste Nachbarin weitergegeben. Das sei keine Verbreitung im Sinne der Bekanntmachung vom 22. Dezember 1915. Sie habe sich keiner strafbaren Handlung schuldig gemacht und erwarte ihre Freisprechung. Auf die Vernehmung der geladenen 4 Zeugen wurde verzichtet.

Der Anwalt, Bürgermeister Dr. Raß, meinte, die Angeklagte gebe zu, den Aufruf politischen Inhalts ohne polizeiliche Genehmigung verbreitet zu haben. Sie sei von anderer Seite angezeigt und müsse die Strafe auf sich nehmen! Er beantragte den Strafbefehl zu bestätigen. Das Gericht schloß sich, nach kurzer Beratung, diesem Antrage an und erkannte auf 15 Mark Geldstrafe oder 3 Tage Gefängnis und Tragung der Kosten.

Polizeiliche Strafen sind Ehrenstrafen. Auch durch diese Bestrafung ist die Ehre der Genossin Konitzer auf keinen Fall verletzt. Ihr ist im Gegenteil durch die Beurteilung die amtliche Bescheinigung erteilt worden, daß sie für die Herbeiführung des Friedens gewirkt hat. Ob die in der Verhandlung leider nicht genannten „Veranlasser“ dieses Prozesses viel Freude an seinem Ergebnis und seinen Folgen haben werden, dürfte die Zukunft lehren.

Landtagswahlwahl Konitz-Luchel

Im Landtagswahlkreis Konitz-Luchel muß infolge des Ablebens des Zentrumsabgeordneten Reuschel eine Ersatzwahl stattfinden. Der Wahltermin ist auf den 11. Mai festgesetzt, das Zentrum stellt als Kandidaten den Grafen Strachwitz auf, dessen Wahl im Zeichen des Burgfriedens gesichert ist.

Aus der Partei

Bebel und das Parteiprogramm.

Der Parteivorstand hat im Jahre 1916 im „Vorwärts“ Verlag die bekannte Schrift „Sozialdemokratie und nationale Verteidigung“ herausgegeben, in der mit einer Fülle von Belegstellen nachgewiesen wird, daß alle internationalen Kongresse, alle Parteitage und alle anerkannten Parteiführer stets für die Landesverteidigung eingetreten sind. Mit dieser Urkundenammlung setzte sich der „Braunschweiger Volksfreund“ als Organ der Linksradikalen und der Spartakusleute — auch der hiesigen — auseinander. Die Feststellung, daß doch im Parteiprogramm die Volkswehr und die Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit gefordert wird, beseitigt er mit der Bemerkung, daran könne man erkennen, wie wenig gut durchdacht das Parteiprogramm sei. Und zu den vielen Bebelworten, in denen sich August Bebel unbedingt zur Landesverteidigung bekannt hat, meint der Spartakus-Mann, da sei August Bebel eben von den Einflüssen seiner Jugendziehung überwältigt worden, die bei ihm ebenso nationalitätsstark war wie bei anderen; in die Schule des Sozialismus sei Bebel ja erst als Erwachsener gegangen, und da sei es ungemein schwer, sich von den Wirkungen der Jugendziehung noch vollkommen frei zu machen. Vielleicht habe auch ein Ueberwiegen von Gefühlen über den Verstand diese Entgleisungen herbeigeführt. — Der mindestens — Halbbarbar, der so über Bebel schreibt, hat zweifellos weniger Gefühle, aber mehr — Selbstbewußtsein als Verstand.

Die reklamierte Opposition.

Zu den Schmutzkräutern, mit denen Arbeitsgemeinschaft und Spartakusgruppe die Partei bekämpfen, gehört unter anderem auch die immer wiederkehrende Verleumdung, daß ihre Führer sich systematisch vom Heeresdienst drückten. Natürlich fehlen auch hämische Andeutungen der Art nicht, daß die Reklamationen von Partei-

reklamationen und Gewerkschaftsangehörigen sich auf die Zustellungen der „Regierungssozialisten“ zur Regierung gründeten, daß die Bewilligung solcher Reklamationen durch die Regierung Belohnung für polizeiliches Wohlverhalten des Betroffenen sei. Diese Kampfesweise rückt in ein sehr merkwürdiges Licht, man sieht aus der „Leipziger Volkszeitung“ erfüllt, daß dieses Organ der Opposition seine eigenen Reklamationen systematisch mit gutem Erfolg vom Heeresdienst reklamiert hat. Das prinzipielle Organ der Opposition wendet sich nämlich gegen den auf Zwisdauer Versammlung erhobenen Vorwurf, daß die „Leipziger Volkszeitung“ den Redakteur ihres Mildenbaurer Kopialisten seiner Haltung zur Wehr, nicht gleich ihren anderen Redakteuren reklamierten wollen. Das weist die Leipzigerin entrüstet und plaudert dabei folgende Geheimnisse aus der Schilde:

„Genosse Bahrdt ist von der Geschäftsleitung und der Redaktion in der zweiten Hälfte des Jahres 1916, als die Eingabe der älteren Redakteure in erste Reihe rückte, genau in der besten Weise wie die anderen Kollegen reaktionär, und, wie diese, mehrmals weiter zurückgestellt. Bis der Zeitpunkt kam, wo er, ebenso wie die betreffenden Kollegen von der „Leipziger Volkszeitung“, von der Militärbehörde auf die besondere Liste derer gesetzt wurde, deren weitere Publikation abgelehnt wird.“ Erst dann ist die weitere Aktion als vollkommen aussichtslos aufgegeben worden, so wie die der betreffenden Kollegen von der „Leipziger Zeitung“, von denen Genosse Müller jetzt schon mehrere eingezogen ist, während Genosse Herze jeden Tag mit seiner Berufung rechnen muß.“

Mit Recht bemerkt der „Vorwärts“ hierzu: Nach der hiesigen Entrüstungsspoße, welche die Dittmann und Genosse Reichstag gegenüber reklamierten Wehrheitsanhängern eingemessen haben, macht sich diese unfreiwillige Enthüllung doppelt im Gefährten der Arbeitgemeinschaft und Spartakusgruppe in jedem Falle mit einigem Erstaunen vernehmen, daß ihre Führer den Kampf gegen die Regierung bis aufs Messer predigen, sie die Befreiung vom Heeresdienst mit Wonne als Gnabengeschenk jener Regierung annehmen, als deren „Todesritze“ sie sich vor den Kulisen aufspielen.

— Aus Braunschweig. Der bisher von der sozialdemokratischen Redaktion Wefemeier-Orter geleitete Braunschweiger „Volksfreund“ ist nunmehr auch wieder in den Händen der Gesamtpartei übergegangen. Als Redakteur ist der früher in Braunschweig tätig gewesene Genosse Friedemann zum Parteivorstand bestellt.

Seitens der Spartakusgruppe hat man sich mit brutalsten Mitteln gegen diese Aenderung gewehrt. Es wurden gemahregelt, weil sie den Anordnungen Derter Folge leisteten. Aufgehetzte junge Burschen und Kinder griffen Friedrichs auf der Straße tätlich an, so daß er polizeiliche Inanspruch nehmen mußte. Die trotz alledem durchgeführte Regelung läßt hoffen, daß nunmehr auch in Braunschweig wieder geregelte Parteiverhältnisse eintreten werden.

— Material zur Parteipolitik. Der Parteivorstand hat den Titel: „Frieden, Brot und gleiches Recht“ „Sozialdemokratie und Kriegssteuern 1917“ Reichstagsreden Scheidemanns zum Etat und Kells zu den Steuergesetzen als Broschüren herausgegeben. Zur Beurteilung der Politik sind beide Broschüren recht wertvoll. Die Parteioorganisation können sie zum Selbstkostenpreise vom Parteivorstand beziehen.

— 3000 M. hat ein Ungenannter aus Weimar dortigen Parteiblatt durch den Parteisekretär Genossen Bau als freiwillige Spende aufgenommen lassen.

Jubiläum der „Medienburgischen Volkszeitung“.

25. Wiederkehr ihres Geburtstages feierte am 1. April die Rostocker erscheinende „Medienburgische Volkszeitung“. Blatt hat sich bisher verhältnismäßig gut durch die Kriegsjahre hindurch gebracht. Begründet wurde die „Medienburgische Volkszeitung“ von einigen Schriftstellern, die 1891 bei großen Buchdruckerstreik in Rostock gemahregelt worden waren und dort zunächst eine Abzidenzdruckerlei aufgemacht hatten. Zur Feier ihres Jubiläums bringt die „Medienburgische Volkszeitung“ eine besondere Nummer heraus mit lehrreichen Verhandlungen über die Gesamtarbeiterbewegung in Medienburg.

— Selbstmord des Redakteurs Holzmeier. Der frühere Redakteur der „Bremer Bürgerzeitung“, Wilhelm Holzmeier, hat Montag seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht. Holzmeier war ursprünglich Lehrer und nach einem Aufsehen erregenden Dittmannprozess, der mit seiner Entlassung endete, in die Redaktion der „Bürgerzeitung“ eingetreten. Seit Jahren gehörte Holzmeier der Bremischen Bürgerpartei an. Infolge der Parteistreitigkeiten war er aus der Redaktion der „Bürgerzeitung“ ausgeschieden. Nachricht von seinem tragischen Ende wirkt tief erschütternd!

Literatur

Die Woche, Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Carl (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW. 68). Die eben erschienene Heft 53 enthält u. a. folgende Artikel: Wilt, A. Arbeiter- und Volkspartei? Waldemar Scharz: England nach dem Krieg. Curt Biging: Der Kampf gegen die Tuberkulose. A. Korn: Die Befreiung des Expressionismus. Karl Bröger: Die Glocken. — Ab 1. April: Einzelhefte 30 Bfg., vierteljährlich 3 Mark bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Elbing


Sozialdemokratischer Verein Elbing.

Montag, den 16. April, abends 8 Uhr, im Volkshaus Junterstraße 19
Außerordentliche Mitgliederversammlung.
Reichstagsabgeordneter Schöpflin-Berlin spricht über:

Ursachen des Krieges

Freie Aussprache.

Diese Versammlung bietet jedem Mitgliede Gelegenheit, sich über die Ursachen des Krieges zu informieren. Niemand sollte ver-säumen, daran teilzunehmen.
Der Vorstand.



Drucksachen

für Handel und Gewerbe sowie privaten Bedarf liefert in geschmackvoller, preiswerter Ausführung schnellstens in Flack- und Rotationsdruck

Volkswacht

Danzig
Paradiesgasse Nr. 32

Der wahre Jakob

pro Nummer 10 Pfennige
Buchhandl. Volkswacht

und juror. Augenblicklich sei zweifellos die Strömung für die demokratische Republik in der Öffentlichkeit sehr stark.

Die sozialdemokratische Presse in Russland. In den größeren Städten Russlands werden nunmehr sozialdemokratische Organe ins Leben gerufen. In Petersburg erschien am Sonnabend den 17. März die erste Nummer des sozialdemokratischen täglichen Blattes „Pravda“ (Die Wahrheit), das vom Zentralkomitee der Bolschewiks (Lenin-Gruppe) herausgegeben wird. Auch die Menschewiki (Dschanow-Gruppe) lassen eine Zeitung, „Rabatscha Gazeta“ (Das Arbeiterblatt), erscheinen, und es besteht zurzeit eine Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien, die ihre Bureaus im selben Hause haben.

Ein neues Versprechen Miljutows.

Petersburg, 6. April. Die diplomatischen Vertreter Japans, Belgiens, Portugals, Serbiens und Rumaniens sprachen der provisorischen Regierung die amtliche Anerkennung der neuen Regierungsform durch ihre Regierungen aus. Miljutow dankte und erklärte, die neue russische Regierung sowie die Regierung der Alliierten seien fest entschlossen, die Freiheit und Unabhängigkeit Belgiens, Serbiens und Rumaniens wiederherzustellen.

Frauen als Minister

Amsterdam, 30. März. Das Reutersche Bureau meldet aus Petersburg: Die Regierung hat beschlossen, alle Regierungsämter, auch die Ministerstellen, den Frauen zugänglich zu machen. Fürst Soligin und Goremytin sind wieder in Freiheit gesetzt worden.

Stärkung der Front

Petersburg, 4. April. Kriegsminister Gutschkow hat einen Tagesbefehl erlassen, in dem hervorgehoben wird, daß die aktive Armee neuer Bestände an Offizieren und bedeutender Verstärkungen bedarf. Deshalb erklärte der Minister, daß ein Offizier oder Soldat, der nicht im Rücken der Armee eine nützliche Beschäftigung hat, dort bleiben darf, sondern sofort zur Front zu gehen hat. Der Minister wies gleichzeitig alle Armeebefehlshaber und alle Vorstände der militärischen Verwaltungsbezirke an, die Listen der dort beschäftigten Offiziere und Soldaten zu prüfen und nur die zu behalten, die wirklich unentbehrlich sind. Die übrigen sollen in die Reserveregimenter versetzt werden, um schnell ausgebildet und unverzüglich zur aktiven Armee geschickt zu werden.

Petersburg, 4. April. Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur fand am 2. April eine neue Kundgebung verschiedener Teile der Petersburger Garnison vor dem Lauritschen Palais statt. Die Truppen führten rote Fahnen mit Aufschriften wie beispielsweise: „Wir wollen uns an die Front begeben“. U. a. hielt der Dumapresident Rodzianko eine Rede, in der er sagte, ein freies Russland würde ohne den Sieg über die Deutschen nicht bestehen können.

Kriegswirtschaft

Aufruf des Staatskommissars für Volksernährung. An die Landwirte!

Die nächsten Monate werden über das Schicksal Deutschlands entscheiden. Unsere Feinde, die die Schlinge der U-Boot-Sperre an ihrem Hals fühlen, sind trotz ihrer furchtbaren Verluste bei den bisherigen Angriffsversuchen anscheinend entschlossen, noch einmal ohne Rücksicht auf Menschenleben gegen unsere eisernen Fronten anzutreten. So hoffen, sie zu durchbrechen, mordend und brennend, wie die Russen es 1911 in Ostpreußen getan haben, in das blühende deutsche Land einzudringen und uns zu einem Frieden zu zwingen, der dem Vaterlande Schande und jedem einzelnen Deutschen Hunger und Elend bringen soll. Sie werden sich auch diese einmal wie die bisher blutigen Kämpfe holen. Dazu gehört aber, daß unsere den Entscheidungskampf kämpfenden Soldaten, daß auch die Millionen von Arbeiter, die ihnen in schwerer Arbeit das Rüstzeug zum Kampf herstellen, in den kommenden knappen Monaten bis zur neuen Ernte ausreichend ernährt werden.

Die letzte Kartoffelernte hat uns schwer enttäuscht und ist durch die harten Fröste in manchen Bezirken noch weiter geschädigt. Auch die Körnerernte hat nicht die Hoffnungen erfüllt, die wir im Herbst nach dem Stande der Felder und der Zahl der Fuhren auf sie setzten. Trotzdem müssen und werden wir bis zur neuen Ernte durchhalten. Dazu gehört aber, daß jeder Landmann und jede Landfrau im Gedanken an unsere Krieger und Rüstungsarbeiter ihre Ablieferungspflicht voll erfüllen und sich und die Ihrigen, wenn es sein muß, denselben Entbehrungen unterwerfen, die der Städter ertragen muß.

Weiter sind mehrere Einzelsfälle bekannt geworden, wo Landleute, Getreide, Kartoffeln oder sonstige Erzeugnisse, die sie abzuliefern verpflichtet waren, entgegen dem Befehl selbst verbraucht und veräußert haben und wo sie, um das weiter tun zu können, bei den letzten Bestandsaufnahmen Vorräte verschwiegen oder gar arglistig verheimlicht haben. Diese Leute sehen ihrer Bestrafung entgegen. Sie haben sich schwer am Vaterlande veründigt; sie haben aber auch ihre Berufsgenossen schwer geschädigt. Denn wegen dieser Vergehungen Einzelner müssen jetzt, um die Volksernährung zu sichern und dem Befehl Achtung zu verschaffen, in allen Bezirken Nachforschungen von Haus zu Haus mit militärischer Allgelehrtheit durchgeführt werden. Es muß dabei, damit das gesamte Volk nicht in unerträgliche Not kommt, den Landleuten gegen die vorgeschriebene Bezahlung sofort alles abgenommen werden, was ihnen nicht nach dem Befehl unbedingt belassen werden muß. An Weizen, Gerste, Hafer und Hülsenfrüchten darf nur zurückgelassen werden, was zur Ernährung der Selbstversorger und zur Deckung des Viehbestandes nach den erlassenen Bestimmungen hierfür als zur neuen Ernte verwendet werden darf. An Kartoffeln ist außer der nötigen Saatmenge alles abzuliefern, was drei Viertel Hektar auf den Kopf und Tag für die Zeit bis zum 20. Juli überflüssig ist. Wer sich zur Aufnahme städtischer Kinder oder Arbeitslosen bereit erklärt hat, behält auch die auf diese entfallende Kopfmenge aller Erzeugnisse.

Knappe wird die Nahrung der Landleute bei ihrer schweren Arbeit und ihren bisherigen Lebensgewohnheiten für die nächsten Monate werden. Über ihre städtischen Volksgenossen haben zum großen Teil schon seit Monaten in noch größerer Knappheit gelebt; sie können überhaupt nur dann bis zur neuen Ernte weiter

bestehen, wenn die Landleute alles jeht Vorgeschrriebene schnell und restlos abliefern. Wer vaterlandlos genug sein sollte und trotz dieser Mahnung irgendwelche Vorräte vor dem Nachprüfungsanspruch zu verheimlichen, heimlich zu schaffen und widerrechtlich zu veräußern sucht, wird streng bestraft werden und die Vorräte werden ihm ohne Vergütung fortgenommen. Jeder Vaterlandsliebende ist verpflichtet, Fälle solcher Art zur Anzeige zu bringen.

Einheitsbrot in Berlin. Vom 15. April wird in Groß-Berlin nur noch eine Einheitsform von Gebäck zugelassen, und zwar Brot im Gewicht von 1600 Gramm. Kleinere Brote von geringerem Gewicht dürfen nicht mehr hergestellt werden. Ferner wird die Einführung des Mehlabchnittes der Brotkarte in Zukunft so erfolgen, daß die Mehlabchnitte bei den Händlern gegen Empfangsbcheinigung abgeliefert werden, worauf in einigen Tagen das Mehl gegen Rückgabe der Empfangsbcheinigung ausgehändigt wird.

Posen, 4. April. Der Posener Getreidehändler Kronjohn, der wegen umfangreicher Getreidebeschleibungen in Untersuchungshaft genommen wurde, ist gegen eine Kaution von 40 000 Mk. aus der Haft entlassen worden. Die Verhandlung gegen ihn dürfte demnächst stattfinden.

Wenn am 15. April die Sonntagsglocken läuten

von allen Kirchen, von allen Türmen, in Stadt und Dorf, allüberall in deutschen Landen, dann wollen sie Dich zum letztenmal, in letzter Stunde mit eherner Stimme an Deine Pflicht erinnern:

Warst Du dabei? Denkst Du daran? Wo bleibst Du?

Der 15. April ist der Nationaltag für die Kriegsanleihe!

Als Ehrentag des deutschen Volkes soll er in der Geschichte fortleben, als der unvergeßliche Tag, an dem auch der letzte Mann sein Scherlein auf den Altar seines Vaterlandes gelegt hat.

Alle Zeichnungstellen werden nach der Kirchzeit geöffnet sein.

Man wartet dort nur noch auf Dich!
Nun gilt's zu handeln!
Geh' hin und tu' Deine Schuldigkeit!
Zeichne Kriegsanleihe!

Danziger Nachrichten

Abschied

Nun Ade! Doch nicht für immer Ade. Denn sie töten den Geist nicht, ihr Brüder. Bald richt' ich mich rasselnd in die Welt. Bald lehr' ich reißiger wieder!

Empfindung

Groß ist die Sehnsucht bei uns und allen Völkern nach Frieden und Glück. Doch wie ist es in Wirklichkeit? Walter lobt der Kampf, weiter triumphiert das kühl rechnende Denken über das warm empfindende Gefühl.

So ist es meist im Leben von heute. Für das Gefühl hat es selten Raum, keine Stätte für das Bedürfnis nach herzlicher Freude und sonniger Innigkeit. Von allem bleibt zu häufig nichts als unbefriedigtes Sehnen.

Und doch ist der höchste Wert, den die Natur geschaffen, das lebenswarme Gefühl. Das dunkle Ahnen in der Brust, das zitternde Empfinden des Herzens ist doch das Bestimmende, der stärkste Entwicklungstrieb. Der rohe Drang, der sich in der niederen Welt im Kampf ums Dasein zeigt, ist beim Menschen zum zarten, seelischen Empfinden geworden. Der Mensch wahrer Kultur fühlt, was gut und schlecht ist, was erstrebt und was gemieden werden soll. Gestaltend für das Leben ist heute aber das harte Muß einer nüchternen kalten Scheinkultur.

Führend wird das Fühlen und Empfinden erst in einer neuen, höheren Gemeinschaft, in einer Organisation der Menschen, die den natürlichen Gesetzen entspricht und darum auch

das Gefühl zum Grundgesetz des Lebens macht. Feingefügt wird diese sozialistische Kulturgemeinschaft des vollen Menschentums, der Schönheit und des fühlenden Lebens sein. Wie ein lichter Sonnenschleier wird über sie die von der Empfindung bestimmte Harmonie der Erfüllung schweben.

Arbeiter-Theatervorstellungen des Kriegsamts

Das hiesige Kriegsamts hat als freiwillige, zwirtschaftliche Maßnahme besonders zu begründender Art die Veranstaltung von Arbeitertheatervorstellungen im Stadttheater vorgezogen. Sie sollen am 15. und 29. April und am 13. Mai stattfinden. Die Eintrittskarten werden, wie bei den städtischen Volksvorstellungen, ohne Unterschied des Platzes 30 Pfennig kosten. Sie werden von der Königl. Kommandantur, unter Hinzuziehung von Arbeitervertretern und Organisationen aus gegeben werden. Die Zweckmäßigkeit gerade dieses Entschlusses verdient besondere Anerkennung. Die Stellen, an denen die Karten erhältlich sind, werden bekannt gegeben werden. Nach Lage der Verhältnisse ist eine Berücksichtigung der Angestellten für diese drei Vorstellungen wegen der bei der großen Zahl der Arbeiter doch nur beschränkten Zahl der Plätze nicht zu ermöglichen. Die Auswahl der Stücke steht noch nicht fest; doch wird nur Gediegenes geboten werden. Die Vorstellungen verdienen das stärkste Interesse der Arbeiterschaft. Die Bühne ist in erster Linie die Macht der geistigen Erfrischung und Aufrichtung. Es ist stets verdienstvoll, die Arbeiterschaft mit ihr in Verbindung zu bringen. Diese Tätigkeit des Kriegsamts ist so wertvoll, daß man nur ihre möglichste Ausgestaltung wünschen kann.

Als erste Vorstellung gelangt am 15. April, nachmittags, das Lustspiel „Der Herr Senator“ zur Aufführung.

Den Sturmwind Gottes

nennet der hiesige Archidiaconus der Oberpfarrkirche St. Marien, A. Brausewetter, in einer Osterfestbetrachtung der Elbinger Zeitung den sehr irdischen Weltkrieg. Diese absolut bibelglaubige Verurteilung der Ursachen und Wirkungen des entsetzlichen Völkerringens hindert den Verfasser indes nicht an der ganz irdisch-kriegerischen Behauptung, daß wir den Feinden für die Zurückweisung des deutschen Friedensangebotes in dem rücksichtslos durchgeführten U-Boot-Krieg die einzig mögliche und würdige Antwort geben mußten. Spricht diese Ueberzeugung nicht viel eher gegen die Annahme einer von einem Gott ausgehenden Beeinflussung des Weltkrieges? Dieser Ansicht steht wohl auch die Lehre von der Allmacht des Gottes der Liebe und Güte unüberbrückbar entgegen. Trotzdem schrieb Brausewetter seine unvereinbar widerspruchsvollen Sätze. Sein Aufsatz zeigt auch noch mehr als sonst die eigentümlich zwiespältige Philosophie des Romanschristen und Geistlichen. Die Stärke liegt auf der philosophischen Seite; die religiös klingenden Bemerkungen fügen sich so wenig einheitlich an, daß sie dem Leser eher wie Fremdkörper scheinen. Unter dieser Schwäche, die die selbstverständliche Folge einer verkommenen, im Grunde nicht zur Gläubigkeit neigenden Meinung ist, leidet auch die Ausdrucksweise. Von der glühenden Sprache des sehr modernen Liebhabers-Romanciers Brausewetter findet man in dem Osterbrief des Berufs-Archidiaconus keine Spur. So starke Gegensätze lassen sich eben nicht vereinigen.

Der Osterartikel Brausewitters ist übrigens auch von der Danziger Zeitung gebracht worden.

Stadtrat Dr. Grünspan.

Am 3. April wählten die Stadtverordneten einen neuen besoldeten Stadtrat. Von 45 abgegebenen Stimmen fielen in geheimer Abstimmung 38 auf den Direktor des Stadt Kriegsamts Dr. Grünspan. Im verhältnismäßig jugendlichen Alter von 33 Jahren hat er damit den Rathausessel der historischen Hansestadt erreicht, in der er seit 5 Jahren tätig ist. Am 1. April 1912 kam Dr. Grünspan aus Magdeburg und wurde Leiter des neuen Statistischen Amtes. Man muß zugeben, daß er dort gründliche Arbeit leistete. Leider aber war er eben in — Danzig, und darum bedauern wir, daß die längst notwendige städtische Wohnungsstatistik auch von ihm nicht geschaffen wurde, ohne ihm daraus einen persönlichen Vorwurf machen zu können. Dies gilt auch von der Bezirkeinteilung zur Stadtverordnetenwahl, die in bösester Geometrie vorbildlich ist. Dem Magistrat wird durch seine Wahl ein Mann anerkannter Tüchtigkeit, umfassenden Wissens und unermüdlicher Schaffenskraft zugeführt. Vorschlagsloosungen zu verteilen, liegt uns sehr fern. Sie wären für den, dem wir sie in Danzig zuteilen würden, auch kein Glück. Wir haben uns auch mit der Tätigkeit des Neugewählten kritisch befassen müssen und manche Ankündigung nicht mit Unrecht ungläubig aufgenommen. Doch haben wir den Eindruck gehabt, daß Dr. G. den Wert der Kritik und der Presse objektiver als Mitarbeiter am Wohl der Gesamtheit schätzt, als dies im selbstherrlich regierenden Rathausringe hier sonst der Fall ist. So meinen wir, daß auch die Arbeiterschaft an seiner Tätigkeit in der städtischen Regierung einige Erwartungen knüpfen darf, wenn ihn dort nicht zu zäher Biederkeit wird. Wir wünschen, daß er ihn überwinden möge. Als Leiter des städtischen Ernährungsamtes hat er hohe Aufgaben zu lösen und rücksichtslos wirkende Kräfte zu überwinden, für die er die größere Machtpotentialität nötig genug braucht.

Unverstand.

In ihrer am Ostervorabend erschienenen Ausgabe demängeln die Danziger Neuesten Nachrichten nicht ohne Grund, daß ein Knabe sich durch Betreten der morschen Eisdecke des Hadergrabens in Lebensgefahr brachte. Als er mühsam aus dem Wasser gerettet war, entfiel ihm die Mühe. Um sie zurück zu bekommen, ging er wieder auf das morsche Eis, brach wieder ein und konnte nur mit Mühe dem Wasser entziffen werden. Die Neuesten Nachrichten meinen, die Anwohner, die den Knaben retteten, hätte ihn zu einer Tracht Prügel verhelfen sollen. Es gehört viel Geschmach dazu, eine solche Roheit ausgerechnet zu Ostern zu empfehlen.

Gegen die Kinder des Oberbürgermeisters usw. dürfte wohl auch das vorläufige Urteil weniger ungeschicklich sein. Sein höchster Rat ist aber auch sehr bedenklich für diejenigen, die die Abgabe betreiben sollten, ihn auf die Autorität ihres Leitbottes zu belagern. Das Recht, fremde Kinder zu schlagen, besitzt niemand. So vogelfrei, wie es nach den neuesten Nachrichten scheint, sind die Kinder in Deutschland nicht. Wer fremde Kinder schlägt, macht sich eines ungeschicklichen Uebergriffes schuldig, der sehr ernste Sühne verursachen kann. Wir verstehen auch nicht, weshalb gerade ein armer Junge, der um den Besitz seiner Mütze besorgt ist, geschlagen werden muß.

Schades Absur.

Ein Schlußsatz dieses in unserer letzten Nummer enthaltenen Artikels hat leider eine unklare Fassung erhalten. Wir wiederholen ihn daher in richtiger Form:

Der selbe liberale Stadtrat Dr. Evert, der die Danziger Neuorientierung mit der überaus ungewöhnlichen Einleitung eines Verfahrens wegen Majestätsbeleidigung begann. Nicht nur ungewöhnlich, weil er überhaupt so vorging, obwohl der Kaiser kurz vorher erklärt hatte, daß er keine Parteien, sondern nur noch Deutsche kenne. Noch viel ungewöhnlicher deshalb, weil er das Material dazu, wie amtlich festgestellt worden ist, hinter abgeschlossenen Türen von einem von ihm abhängigen und wegen schwerer Vertrauensbrüche und Amtsvergehen vorbestraften Menschen zu erlangen suchte. Dieser ausbleibende Ehrenmann hatte sich zu dem dunkeln Zweck sogar in den Sozialdemokratischen Verein aufnehmen lassen.

Diese nicht nur im Burgfrieden ungeheuerliche politische Inquisition geschah mit ausdrücklicher Billigung des liberalen Oberbürgermeisters Schölk. wie ja selbst Stadtrat Dr. Evert sich freisinnig nennt.

Kriegs-Arbeitsnachweis.

Vom Herrn Chefarzt des Festungslazarets Hatzwert wird uns geschrieben:

Um den in vielen Kriegswirtschaftlichen Betrieben herrschenden Mangel an Arbeitskräften wenigstens einigermaßen abzumildern, ist auf Anordnung des kommandierenden Herrn Generals des stellv. XVII. Armeekorps auch für die Lazarett der Festung Danzig ein Kriegs-Arbeitsnachweis eingerichtet worden.

Die Einrichtung ist so gedacht, daß geeignete Genesende aus hiesigen Lazaretten ganz- oder halbtätig je nach ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit in geeigneten kriegswirtschaftlichen Betrieben gegen Lohn arbeiten. Letzterer richtet sich nach der Erwerbsfähigkeit des Betreffenden, welche militärärztlich festgestellt wird.

Da eine Kommandierung der Genesenden zur Arbeit stattfindet, haftet der Staat für etwa dabei auftretende Beschädigungen.

Anträge auf Ueberweisung von Arbeitskräften sind an das Festungslazarett, Heveliusplatz, Zimmer 44a, zu richten.

Beschlagnahme von Schrotmühlen.

Eine in dieser Nummer enthaltene Bekanntmachung der zuständigen militärischen Behörden beschäftigt sich mit der Beschlagnahme der Schrotmühlen im Bereich des XVII. Armeekorps. Ihre Beachtung ist notwendig.

Von den städtischen Speisehallen

wird seit Uebernahme der Leitung durch den Stadtverordneten Klawitter, dem Vorsitzenden einer Gastwirtsvereingung und selber Gastwirt, immer stärker über ihre Unzulänglichkeit gellagt. In der Speisehalle am Dominikswall ist der Andrang meist so stark, daß der Aufenthalt zur lästigen

Unbequemlichkeit wird. Die weitere Folge ist natürlich, daß nicht wenige Besucher unerrichteter Dinge, ohne Essen fortgehen müssen. Man scheint, da gegen diese Entwicklung nichts getan ist, also noch immer nicht begriffen zu haben, daß diese Küchen jetzt eine ganz andere und viel ernstere Aufgabe als gewöhnliche Speiseküchen erfüllen müssen. Passiver Widerstand ist jetzt gegen die Erfüllung unbedingter Kriegsnöthigkeiten unter keinen Umständen angebracht. Die vom 15. April eintretende Veränderung der Ernährung durch Verminderung der Brotmenge stellt die öffentlichen Küchen vor noch wichtigere Aufgaben. Deshalb hätte man es sich sehr überlegen sollen, sie hier einem Interessenten auszuliefern. Viel eher wäre notwendig gewesen, endlich der organisierten Arbeiterschaft den erforderlichen Einfluß einzuräumen.

Zur Matifester

— Eine Matifester gibt auch in diesem Jahre wieder die Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Cie. heraus. Es ist nunmehr das dritte Mal, daß sie während des Krieges erscheint. Diesem Zeitumstande entspricht auch der Inhalt, der Gedanken behandelt, wie sie das Loben des Weltkrieges im Herzen der Sozialisten entziehen läßt. Neben den belehrenden und anspendenden Artikeln und Gedichten ist besonders der reiche illustrative Schmuck zu loben. Der Preis beträgt 30 Pf. Sie ist auch in der Buchhandlung Volkswacht käuflich zu haben.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur A. Bartel, Danzig.
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

Sonntag den 15. April 1917, nachmittags 3 1/2 Uhr:

Große

Öffentliche Versammlung

bei Frau Steppuhn, Danzig-Schidlitz.

Tagesordnung:

Frieden, Brot und gleiches Recht!

Referent: Reichstagsabgeordneter Georg Schöpfung-Berlin

Zur Deduna der Unkosten wird am Eingang eine Tellerammlung stattfinden.

Parteilosen! Der Ernst der Zeit erfordert mehr denn je ein festes Zusammenhalten. Sorgf für guten Besuch der Versammlung. Werbt neue Mitglieder!

Der Vorstand. J. A.: E. Sellin. 190

Deutscher Eisenbahner-Verband Ortsgruppe Danzig.

Sonntag, den 15. April, nachmittags 5 Uhr, im Schlachthof-Restaurant, Englischer Damm

Versammlung.

Tagesordnung:

Die Bedeutung der Einheitsorganisation des unteren Eisenbahnpersonals.

Referent: Kollege Seemann, Königsberg.

Freie Aussprache.

Wir erwarten vollzähliges und pünktliches Erscheinen sämtlicher in den Eisenbahnwerkstätten beschäftigten Arbeiter.

Der Vorstand. J. A.: R. Jäpel.

Kaffeehaus Bürgergarten, Schidlitz

Inh.: M. Steppuhn, Karthäuserstrasse 94

empfehl seine Lokalitäten zu angenehmem Aufenthalt

M. 15. — bis M. 20. — (Innen Sie wöchentlich verdienen. Strebsame Personen finden in und angenehme Arbeit im Hause. 23. Verlangen Sie postfrei und kostenlos Auskunft von uns. Strumpfabrik Waterkradt & Co., Hamburg 36, Albrechtshof.

Berechnungstabelle zu 40 Pf. f. d. neu. Inv.-Verf.-u. Postwertmarken empf. Sect. A. Wandler, Pirna a. E. Wiederverkäufer erh. hoch. Rabatt.

Wer zerrissenes Schwebel, Geschirre, Leder, Zelostoffe, Fahrradmädel, Filz usw. selbst verbessern will, verwendet vorzüglich die **Nähmaschine Stepporin D.B.G.M.** Solide, beste Konstruktion. Nähstappisch wie Maschine. Leicht zu handhaben. Garantie für Brauchbarkeit. Viele Anerkennungen. Preis Mk. 2.50 mit Nadelortierung und Leinwand, verpackt und postfrei in Lederhüllen käuflich oder direkt durch **Joh. Zucker Stuttgart-Botnang.**

Bekanntmachung.

E. Nr. 1213.

Im Interesse der öffentlichen Sicherheit wird auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 und des Gesetzes vom 11. Dezember 1915 (R. G. Bl. S. 813) für den Bereich des XVII. Armeekorps einschließlich der Festungen folgende Verordnung über Schrotmühlen erlassen:

§ 1.

Als Schrotmühle im Sinne dieser Verordnung gilt jede nicht gewerblich betriebene Mühle und jede Vorrichtung, die zur Herstellung von Schrot oder Brotmehl geeignet ist, mag sie für Hand- oder Kraftbetrieb eingerichtet, beweglich oder fest eingebaut sein.

§ 2.

Die Benutzung von Schrotmühlen zur Zerkleinerung von Getreide zu Speise- und Futterzwecken ist unterlag.

In dringenden Fällen können die Ortspolizeibehörden für bestimmte Mengen von Brot- oder Futtergetreide, soweit den Besitzern das Recht der freien Verfügung über die Früchte zusteht, die Arbeit mittels Schrotmühlen gestatten. Die Erlaubnis darf schriftlich erteilt werden und muß den Namen des Besitzers, Menge und Art des zu verarbeitenden Getreides sowie die Frist, für die die Erlaubnis gilt, enthalten. Die Erlaubnis kann an die Bedingungen geknüpft werden, daß während der Zeit der Benutzung der Ortspolizei beauftragt wird. Die Erlaubnisscheine sind nach Ablauf der Frist der Ortspolizeibehörde zurückzugeben und von dieser aufzubewahren.

§ 3.

Jede entgeltliche oder unentgeltliche, dauernde oder vorübergehende Ueberlassung von Schrotmühlen an andere ist unterlag, soweit nicht für vorübergehende Benutzung Genehmigung nach § 2 erteilt ist.

§ 4.

Verträge über die Lieferung von Schrotmühlen, die bei Krafttreten dieser Verordnung noch nicht zur Lieferung ausgeführt sind, dürfen seitens des Veräußerers nicht mehr erfüllt werden.

§ 5.

Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Bei Vorliegen mildernde Umstände kann auf Haft oder auf Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden.

§ 6.

Diese Verordnung tritt mit der Bekanntmachung in Kraft. **Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg, den 31. März 1917.**

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.
Der kommandierende General.
Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.
Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienburg.

Trauer-
Hüte in reicher Auswahl.
Bijoux Handschuhe zu billigsten Preisen.
Julius Goldstein
Lawendelgasse 4, gegenüber der Markthalle.

Prüfungs- und Einsegnungs-Anzüge
sowie
Einsegnungs-Kleider
empfehlen
Ertmann & Perlewitz, Holzmarkt III, 23, 25, 26

Anlässlich der Einführung der Sommerzeit werden die Dienststunden der Allgemeinen Ortskrankenkasse vom 16. April d. Js. ab auf die Zeit von 7—2 Uhr festgelegt.

Die Zahlstelle für Ein- und Auszahlungen ist, wie bisher, von 9—1 Uhr geöffnet.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Danzig (Hopengasse 52.)

Best gelächelten gesamt rein. **Schnupftabak** riert **Julius Gosda**, Kohlabatgroßhandlung und Schnupftabakfabrik, Danzig, Ede Hättergasse 5 u. 2. Dreier-asse 5. Fernspr. 2428

In freien Stunden Preis 10 Pf. zu beziehen durch die Buchh. Volkswacht, Barndiesgasse 32

Wochenplan des Danziger Stadttheaters.
Montag, den 16. April, 7 1/2 Uhr: „Künftige Reiter von Bindorf“, von Nicolai.
Dienstag, den 17. April, 7 1/2 Uhr: „Königsrunder“, Märchenoper von Humperdinck.
Mittwoch, den 18. April, 7 1/2 Uhr: „Die Frau vom Meer“, Schauspiel von Henrik Ibsen.
Donnerstag, den 19. April, 7 1/2 Uhr: „1001 Nacht“, Fantastische Operette von Johann Strauß.
Freitag, den 20. April, 7 1/2 Uhr: Gastspiel des Herrn Rudolf Kaminsh vom Stadttheater in Augsburg, als Gast auf Engagement „Der Waffenschmied“, von Forsting.
Sonnabend, den 21. April, 7 Uhr: „Maria Stuart“, Trauerspiel von Schiller.
Sonntag, den 22. April, 7 1/2 Uhr: „Die verkaufte Braut“, Oper von Friedrich Smetana.